

E **EUROPÄISCHE** **RUND** **SCHAU**

Vierteljahresschrift
für Politik, Wirtschaft
und Zeitgeschichte

38. Jahrgang € 9,-

Albert Rohan

Die neue Türkei

Paul Schulmeister

Demokratie – wohin?

**A. Soldatow –
I. Borogan**

Rußlands Adel

Erhard Busek

Die Kreisky-Bücher

Wolfgang Petritsch

Über Simon Wiesenthal

Weitere Beiträge von Barbara Coudenhove-Kalergi, Waldemar Hummer, János Kornai, Joana Radzyner, Ahmed Rashid, Hans Rauscher, Manfred Scheuch, Walter Schilling, Anna Schor-Tschudnowskaja, Armin Thurnher, Pavlos Tzermias

2010/4

CHEFREDAKTEUR	Paul Lendvai	
HERAUSGEBERKOMITEE	Walter Rothensteiner, Vors. Erich Hampel, Stv. Erhard Busek Heinz Fischer	Christoph Leitl Paul Lendvai Josef Taus Herbert Tumpel
KURATORIUM	Klaus Liebscher, Vors. Günter Geyer, Stv. Hannes Androsch Rudolf Gruber Michael Häupl Albert Hochleitner Christian Konrad Peter Mitterbauer Alois Mock Wolfgang Ruttenstorfer	Herbert Schimetschek Guido Schmidt-Chiari Wolfgang Schüssel Karl Schwarzenberg Veit Sorger Karl Stoss Hannes Swoboda Andreas Treichl Franz Vranitzky
ANZEIGEN UND VERWALTUNG	Herold Druck und Verlag AG A-1030 Wien, Faradaygasse 6 Telefon 01/795 94-0 Telefax 01/795 94-170	
HERAUSGEBER REDAKTION	Verein »Europäische Rundschau« Beide A-1080 Wien, Piaristengasse 5–7/Stiege 4 Telefon 01/408 34-00 Telefax 01/408 34 00-11 e-mail: europ.rundschau@aon.at	
MEDIENINHABER	Herold Druck und Verlag AG A-1030 Wien, Faradaygasse 6	
HERSTELLER	Herold Druck und Verlag AG, Wien Verlags- und Herstellungsort Wien	
Ab sofort sind wir auch online erreichbar unter www.europaeische-rundschau.at		
PREISE	Einzelnummer € 9,- (exkl. Porto) Jahresabonnement € 25,- (exkl. Porto) Studenten-/Schüler-Abo € 16,25 (exkl. Porto) – entsprechender Nachweis erforderlich Abbestellungen sind nur zum Jahresschluß möglich, wenn sie spätestens sechs Wochen vorher schriftlich bekanntgegeben werden.	
BANKVERBINDUNG	Postsparkassenkonto Nr. 1161.498	
Auf chlorfreiem Papier gedruckt.		ISSN 0304-2782

Inhalt

- Was kommt nach der Demokratie? **3** *Paul Schulmeister*
 Rußlands neuer Adel **17** *Andrej Soldatow,
 Irina Borogan*
Pakistan: eine anarchische Republik **31** *Ahmed Rashid*
Neue Regionalstrategien in Europa? **41** *Erhard Busek,
 Waldemar Hummer*
 Liberté – Egalité – Fraternité **51** *János Kornai*
 Die neue Türkei **69** *Albert Rohan*
 Bis ins allerkleinste Detail **77** *Anna Schor-
 Tschudnowskaja*
Neue Wege zu Europas Energiesicherheit **85** *Walter Schilling*
 Eleftherios Venizelos **91** *Pavlos Tzermias*
 Richtige Zeit für eine Biographie? **97** *Erhard Busek*
Große Männer im Zeitalter der Extreme **103** *Wolfgang Petritsch*

KRITIK

- Arme Welt **113** *Armin Thurnher*
Was wir können, wenn wir wollen **119** *Hans Rauscher*
Lech Walesa – der »eigensinnige Held« **121** *Joana Radzyner*
Der Ostbruder und der Westbruder **125** *Barbara
 Coudenhove-Kalergi*
Gegen Politikverdrossenheit: Direkte Demokratie! **127** *Manfred Scheuch*

Autoren dieses Heftes

IRINA BOROCHAN, Journalistin für die »Moskau Times«, Moskau.

ERHARD BUSEK, ehem. Vizekanzler der Republik Österreich, Präsident des Instituts für den Donaauraum und Mitteleuropa, Wien.

BARBARA COUDENHOVE-KALERGI, Journalistin, Wien.

WALDEMAR HUMMER, Institut für Völkerrecht, Europarecht und Internationale Beziehungen, Universität Innsbruck.

JÁNOS KORNAI, Nationalökonom, em. Universitätsprofessor an der Universität von Harvard und Budapest.

WOLFGANG PETRITSCH, Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD, Paris.

JOANA RADZYNER, ehem. Korrespondentin des ORF, Warschau.

AHMED RASHID, pakistanischer Journalist und Autor, Lahore.

HANS RAUSCHER, Kolumnist »Der Standard«, Wien.

ALBERT ROHAN, ehem. Generalsekretär des Außenministeriums, stv. UN-Vermittler für Kosovo.

MANFRED SCHEUCH, Sachbuchautor und Journalist, Wien.

WALTER SCHILLING, Politologe, Garmisch-Partenkirchen.

ANNA SCHOR-TSCHUDNOWSKAJA, Projektleiterin Osteuropa; Lehrstuhl für Vergleichende Vermögenskultur an der Sigmund Freud PrivatUniversität, Wien.

PAUL SCHULMEISTER, Journalist, Wien.

ANDREJ SOLDATOW, Journalist für die »Moskau Times«, Moskau.

ARMIN THURNHER, Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung »Falter«.

PAVLOS TZERMIAS, Dozent für mittel- und neugriechische Geschichte an der Universität Fribourg, Zürich.

Die in den Beiträgen dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder. Nachdruck und Fotokopieren nur mit besonderer Genehmigung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Liberté – Egalité – Fraternité

Betrachtungen über die Veränderungen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus

János Kornai

Die Französische Revolution wollte den Sturz der Tyrannei. Wir feiern heute den 20. Jahrestag eines Ereignisses von nicht geringerer historischer Bedeutung: den Sturz der tyrannischen kommunistischen Diktatur. Wir sind hier in Bukarest versammelt, dem einzigen Schauplatz, wo der dramatische Umschwung nicht ohne Gewaltanwendung und Blutvergießen vor sich ging. Allerdings war dies eine Ausnahme, denn in der ganzen Region als solcher verlief dieser fundamentale Umschwung friedlich. Was vor zwanzig Jahren geschah, war eine samtene Revolution. Auch wenn das ohne Blutvergießen vor sich ging, so war es jedenfalls eine Revolution gewesen, und das legitimiert die Frage, welches von den drei großen revolutionären Schlagworten – Liberté, Egalité, Fraternité – eigentlich verwirklicht wurde.

Die erwähnten Schlagworte umfassen natürlich nicht alle fundamentalen Werte. Zwei eng damit verbundene Schlagworte fehlen eindeutig, nämlich Wachstum und materieller Wohlstand. Andere Analytiker der postkommunistischen Übergangszeit haben sich mit deren Verwirklichung befaßt (siehe u. a. EBRD 2008 und 2009). Wir erlauben uns, diese äußerst wichtigen Fragen anderen Untersuchungen zu überlassen, und wollen uns nur auf die im Titel unserer Arbeit genannten drei Grundwerte konzentrieren.

Indessen sind auch diese drei Fragen im Rahmen mehrerer ausgezeichnete Untersuchungen gründlich behandelt worden. Da unser Rahmen begrenzt ist, können wir hier nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern wollen einen, für unsere späteren Betrachtungen notwendigen größeren Überblick bieten.

Liberté

Der Begriff Freiheit beinhaltet zahlreiche spezifische Rechte, und daher wollen wir die Veränderungen auf dreifache Weise untersuchen.

1. Politische Rechte und Menschenrechte

Den Bürgern eines kommunistischen Regimes wurden die elementaren Menschenrechte vorenthalten. Die Veränderungen garantierten uns allen die grundlegenden politischen Rechte:

- die Redefreiheit,
- die Pressefreiheit ohne jede offene oder getarnte Zensur,
- die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
- die Reisefreiheit,
- das Recht der Kritik an der Regierung, und das Recht auf politischen Protest,
- das Recht auf Ablehnung des Einparteienstaates, sowie das Recht zwischen konkurrierenden politischen Kräften und Ideologien frei zu wählen.

Wir sind in unseren Gebieten Zeugen einer neuen, großen *Demokratisierungswelle* gewesen. Wir wollen uns hier nicht mit einer Definition des Begriffes Demokratie befassen. Statt dessen wollen wir auf einen einfachen, aber weitgehend akzeptierten Indikator verweisen. Die Mindestvoraussetzung für die Anerkennung eines Landes als Demokratie besteht darin, daß die Entfernung aus dem Amt nicht durch politischen Mord, Militärputsch, Hofintrigen oder bewaffneten Aufstand erfolgt. Statt dessen kann man die politische Führung auf eine formalisierte, friedliche und zivilisierte Art und Weise, durch freie Wahlen, aus dem Amt entfernen.

Tabelle 1: Änderungen durch Wahlen in EU10, 1989–2008

	Wahlen 1989–2008	»Änderungen durch Wahlen«	
Bulgarien	6	5	1991, 1994, 1997, 2001, 2005
Tschechien	6	4	1990, 1992, 1998, 2000
Estland	6	5	1990, 1995, 1999, 2003, 2000
Ungarn	5	4	1990, 1994, 1998, 2002
Lettland	6	4	1990, 1997, 1998, 2002
Litauen	6	6	1990, 1993, 1996, 2000, 2004, 2008
Polen	7	6	1991, 1993, 1997, 2001, 2005, 2007
Rumänien	6	5	1990, 1996, 2000, 2004, 2008
Slowakei	6	5	1990, 1992, 1994, 1998, 2006
Slowenien	6	4	1990, 1992, 2004, 2008

Anmerkung: »Änderung durch Wahlen« ist dann der Fall, wenn es (i) nach den Wahlen zu einer umfassenden Regierungsumbildung kommt, einschließlich (ii) einer Änderung in der Staatsführung, und (iii) zu wichtigen politischen Veränderungen.

Quelle: Die Tabelle wurde erstellt durch Zdenek Kudrna (CEU) auf der Grundlage der Economist Intelligence Unit (1990–2008)

Die Tabelle umfaßt die ersten zehn der neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitglieder. Die Tatsache, daß in diesen Staaten die politische Führung mehrmals mittels freier Wahlen abgewählt worden war, beweist weitgehend, daß diese Länder endlich zu Demokratien geworden waren. Im Sinne eines ungarischen politischen Schlagwortes heißt es, daß es dort keiner politischen Kraft gelungen ist, sich auf Dauer »in der Macht einzuzementieren«. Mit anderen Worten, keiner Regierungspartei und keiner

Parteienkoalition ist es gelungen, die Chancen der rivalisierenden Oppositionsparteien über einen längeren Zeitraum auszuschalten.

Viele Menschen, vor allem die Jüngeren, betrachten diese fundamentalen politischen Rechte als selbstverständliche Fakten des normalen Lebens. Sie sind aber keineswegs selbstverständlich! Man denke an China. Dort hat sich die Transformation der Wirtschaft zu einer prosperierenden Marktwirtschaft in rasantem Tempo vollzogen, allerdings ohne parallele Änderungen im politischen Bereich. Die Feiern anlässlich des 20. Jahrestag des Zusammenbruchs der politischen Tyrannei in Osteuropa kollidierten mit dem 20. Jahrestag der blutigen Niederschlagung der für Demokratie eintretenden Protestierer auf dem Tiananmen-Platz. Die Chinesen durften diesbezüglich keine Gedenkversammlung auf diesem Platz abhalten. China blieb weiterhin ein brutaler Polizeistaat. Wir Osteuropäer schätzen uns glücklich, daß wir zur selben Zeit das große Geschenk der wirtschaftlichen und politischen Freiheit erlangen konnten. Dieses Zusammentreffen zweier großer Transformationen in einem, historisch gesehen, kurzen Zeitraum ist einmalig in der weltweiten Geschichte der Demokratie und des Kapitalismus.

Wir wollen uns den anderen Aspekten der Freiheit zuwenden:

2. Freies Unternehmertum, freie Marktwirtschaft, Sicherheit des Privateigentums

Dieser Bereich der Veränderungen erforderte eine große Zahl neuer Gesetze, ein unabhängiges Justizwesen zur Durchsetzung der neuen Gesetze, sowie einige andere institutionelle Veränderungen.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen der Veränderungen im Bereich der wirtschaftlichen Freiheit. Wir verweisen hier nur auf eine allgemein bekannte Aufstellung, den »Index der wirtschaftlichen Freiheit« (2. Tabelle), um die erhebliche Zunahme der wirtschaftlichen Freiheit in unserer Region nachzuweisen.

Mehrere Untersuchungen bestätigen, daß die Ersetzung des Vorrangs des öffentlichen Eigentums durch den Vorrang des Privateigentums, der Marktfreiheit und des Wettbewerbs zu mehr Wachstum, Innovation, technischem Fortschritt und Effizienz führt. Das ist somit von großer *praktischer* Bedeutung für die Verwirklichung fundamentaler Werte, wie die Verbesserung des materiellen Wohlstands der Menschen. Im vorliegenden Artikel legen wir jedoch das Schwergewicht auf den *essentiellen* Wert der unternehmerischen Freiheit. Was die wirtschaftlichen Konsequenzen auch sein mögen, vorrangig ist das *Menschenrecht* auf Eröffnung eines Unternehmens, auf Zugang zum Markt und auf die Herausforderung der Konkurrenz, auf Experimente mit Neuerungen aufgrund von Eigeninitiative, ohne auf Anordnungen oder bürokratische Genehmigungen warten zu müssen. Wir legen großen Wert auf diesen *ethischen* Aspekt, da man diesen einseitigen technokratischen Einschätzungen nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet hat.

3. Die Freiheit der Wahl zwischen Gütern und Dienstleistungen

Das sozialistische System produzierte eine Mangelwirtschaft. Abgesehen von der Sowjetunion und Polen, war Rumänien, bis zum endgültigen Verschwinden der kommunistischen Herrschaft, das allerschlimmste Beispiel. So kam es, beispielsweise, immer wieder zu plötzlichen Unterbrechungen der Stromversorgung, was in Unternehmen und Haushalten enorme Schäden verursachte. Es kam immer wieder zu schwerwiegendem Mangel an Grundnahrungsmitteln und anderen Konsumgütern, zu

Tabelle 2: Economic Freedom of the World (EFW) in den postsozialistischen Ländern

	1990	1995	2006
Ungarn	5,35	6,36	7,41
Bulgarien	4,08	4,48	6,54
Rumänien	4,73	3,98	6,58
Polen	4,00	5,30	6,77
Albanien	4,12	4,49	6,99
Tschechische Republik		5,81	6,84
Estland		5,55	7,82
Lettland		4,91	7,20
Litauen		4,89	7,23
Slowakische Republik		5,54	7,52
Slowenien		4,96	6,40
Ukraine		3,90	5,51
Welt Mittelwert	5,68	5,99	6,58

Quelle: Die Tabelle wurde zusammengestellt von Professor Judit Kapás in Zusammenarbeit mit Professor Pál Czeglédi, Universität Debrecen, Volkswirtschaftliche Fakultät. Ursprüngliche Quelle: Gwartney, J. D. und Lawson, R. (2008).

Anmerkung: Der EFW-Index wurde vom amerikanischen Fraser Institute erstellt. Wirtschaftliche Freiheit wird mit 42 Indikatoren in fünf Bereichen bemessen: staatliche Ausgaben, Rechtswesen und Besitzrechte, Zugang zu Kapital, internationalem Freihandel, geregelte Kredite, Gewerkschafts- und Unternehmertätigkeit. Auf der Basis dieser 42 Indikatoren wird ein einheitlicher Index mit einem Maßstab von 0–10 berechnet. Im Jahre 2006 erhielt Hongkong den höchsten Wert (8,94) und Simbabwe den niedrigsten. (2,67) Eine genauere Beschreibung der Methode, siehe Gwartney/Lawson, R. (2008).

langen Warteschlangen und leeren Regalen. Auf ein Auto oder eine Wohnung mußte man jahrelang warten.

So wie auch im Fall der oben erwähnten Aspekte der Freiheit, erachten wir den Austausch einer Mangelwirtschaft gegen einen Käufermarkt nicht bloß als eine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Änderung hat auch *ethische* Bedeutung, da sie die *Freiheit des Individuums* stärkte.¹ Eine chronische Mangelwirtschaft bedeutet auch den Verlust eines elementaren Menschenrechts, nämlich der Wahlfreiheit beim Einkaufen. Wir haben unser Einkommen erarbeitet, und wir wollen selber entscheiden, was wir damit erwerben wollen. Chronische Verknappung bedeutet, daß das Fehlen von Gütern auch unsere Wahlfreiheit einschränkt. Beim Einkauf waren wir gezwungen, Ersatzhandlungen vorzunehmen. d. h. anstatt das zu kaufen, was wir kaufen wollten, wurden wir genötigt, das zu kaufen, was es gab. Die Kunden fanden sich immer wieder in erniedrigenden Situationen. Der Verkäufer konnte diktieren, und der Käufer bemühte sich, bescheiden, ja verständnisvoll zu wirken, und versuchte womöglich, den Verkäufer zu bestechen. All das verschwand dann sehr schnell.

Häufig wird die Meinung geäußert, es sei egal, ob die ständige Einschränkung auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite herrschte. Eingeschränkte Verfügbarkeit oder eingeschränkte Erschwinglichkeit – beide entsprächen einer eingeschränkten Handlungsfreiheit. Wir widersprechen dieser These, da hier der Unterschied zwischen den

beiden Arten von Einschränkung sehr wohl relevant ist. Die Wahlfreiheit des Kunden entspricht nicht dem Luxus der Reichen. Die Wohlhabenden fanden immer Mittel und Wege, um die Beschränkung durch Rationierung zu überwinden, und die Waren auf dem schwarzen Markt zu finden oder mit Hartwährung zu bezahlen. Die Benachteiligung der armen Leute war jedoch verhältnismäßig größer, da sie nicht in der Lage waren, ihr bescheidenes Einkommen, oder noch bescheidenere Ersparnisse, ihren Bedürfnissen entsprechend auszugeben.

Zusammenfassend stellen wir fest, wir genießen im Rahmen der Freiheit fundamentale Leistungen. Zwar ist es eine traurige Beobachtung, aber dennoch ein sozialpsychologisches Faktum, daß ein großer Teil der Menschen der Freiheit keinen großen Stellenwert beimit. Andere Grundwerte werden mehr geschätzt. Es gibt einige vergleichende Untersuchungen über die Rangordnung von Werten im Empfinden von Einzelmenschen. Wir verweisen hier bloß auf eine Untersuchung, nämlich die *World Values Survey*, eine weltweite Untersuchung von Wertvorstellungen.

Tabelle 3: Werte: Freiheit oder Ordnung

Land	Mehr Freiheit (in %)	Mehr Ordnung (in %)
Polen	19,8	66,3
Tschechien	21,4	72,4
Slowakei	21,9	74,6
Bulgarien	26,3	64,0
Ungarn	27,2	63,4
Ostdeutschland	27,5	68,3
Rumänien	31,6	61,2
Westdeutschland	45,7	45,8
Schweden	48,1	42,5
USA	48,9	46,2
Spanien	50,5	42,9
Weltdurchschnitt	40,9	54,0

Anmerkung: Zeit der Untersuchung: 1997–1998. Folgende Frage wurde gestellt:

»Wenn Sie wählen könnten, welche wäre nach Ihrer Meinung die wichtigste Aufgabe des Staates: 1. die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; oder 2. Die Achtung vor der Freiheit des Einzelnen?«

Quelle: World Value Survey (1995).

Die Tabelle zeigt eindeutig, daß eine wesentlich kleinere Gruppe von Personen im postsozialistischen Bereich der Freiheit den höchsten Stellenwert einräumt als in Ländern, die schon vor 1989 ein kapitalistisches System hatten.

Hier steht die Bildung vor der großen Aufgabe, die Wichtigkeit der Freiheit zu fördern und zu erkennen. Damit muß man schon in der Grundschule beginnen, vielleicht schon im Kindergarten, und dann weiterführend auf allen Ebenen der Mittel- und Hochschulen, und letztlich auch in bezug auf den Einfluß der Presse, der elektronischen Medien und des Internets. Das wäre die gemeinsame Aufgabe von Lehrern und

Universitätsprofessoren, Politikern und Journalisten, und all jenen, die das Denken der Menschen beeinflussen. Man erkennt Zeichen positiven Fortschritts, aber gleichzeitig auch erschreckende Zeichen von Demoralisierung. Die Rivalität politischer Parteien wird begleitet von widerlichen Nebenerscheinungen, wie Korruption, Verantwortungslosigkeit und Demagogie. Man erkennt in der kompetitiven, liberalen, parlamentarischen Demokratie auch Anzeichen von Enttäuschung. Manche Gesellschaftsschichten sehnen sich nach einem Führer und einem strengen *Law-and-order*-Regime. Es ist bestürzend und frustrierend, daß extreme, rechtsgerichtete Gruppen, die mit schmutziger rassistischer, antisemitischer, zigeunerfeindlicher und antikapitalistischer Rhetorik auf Stimmenfang gehen, erhebliche Unterstützung erhielten. In postsozialistischen Ländern benützt bzw. mißbraucht die extreme Rechte die Rede- und Versammlungsfreiheit, um die Grundlagen der Menschenrechte und der Freiheit anzugreifen. Leider bietet das durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene Leid einen günstigen Nährboden für derartige Angriffe und könnte einer Tyrannei den Weg bereiten. Nicht nur das eine oder andere postsozialistische Land, sondern Europa als Ganzes muß auf der Hut sein. Man denke an Weimar!

Egalité

Der Sozialismus sowjetischer Art war gewiß kein egalitäres System. Die offizielle Regel war die Zuweisung von Gütern entsprechend seiner/ihrer Arbeitsleistung. Das ist an sich ein Grundsatz einer meritokratischen Distribution, wobei allerdings in der Praxis des real existierenden Sozialismus die meritokratische Werteskala vom Einparteienstaat bestimmt wird. Diese Skala verschaffte dem Helden der sozialistischen Arbeit ein wesentlich höheres Einkommen als dem durchschnittlichen Werktätigen, einem lokalen Parteisekretär ein höheres als einem Universitätsprofessor. Mitglieder der Nomenklatura genossen materielle Privilegien, nicht so sehr in Form eines höheren Einkommens, sondern durch bessere Wohnverhältnisse, Zugang zu knappen Gütern sowie besser ausgerüsteten Krankenhäusern und Erholungsheimen. In der Tat gab es da einige Ungleichheit, aber wenn man das Gesamteinkommen und die Wohlfahrtsdistribution der ganzen Bevölkerung ins Auge faßt, dann war das eigentliche Charakteristikum der Gesellschaft eine Art von grauer Gleichmacherei, eine drastische Verhinderung von Einkommensunterschieden. Die Differenz zwischen dem Gehalt des Chefs eines großen Unternehmens und dem eines durchschnittlichen Beschäftigten war nicht sehr groß. Der tüchtige und der untüchtige Manager, der erfindungsreiche und der konservative industrielle oder landwirtschaftliche Chef erhielten eine mehr oder weniger gleiche Entlohnung, und wenn es geringfügige Abweichungen vom Mittelwert gab, dann hatte das eher mit Parteitreu zu tun als mit Leistung, Erfahrung, Fleiß und Innovationsfreude.

Der Zustand der Einkommensungleichheit änderte sich nach dem Systemwechsel in kürzester Zeit auf dramatische Weise. Dazu ein Blick auf Tabelle 4.

Es gab in einzelnen Ländern große Unterschiede, aus Gründen, die wir hier nicht erörtern wollen. Wenn wir die postsozialistischen Staaten in eine längere Länderliste einreihen, einschließlich jener, die keine sozialistische Periode erlebten, und diese Länder entsprechend ihrem Ungleichheitsindikator reihen, dann würde man unsere Staaten an sehr unterschiedlichen Stellen der langen Liste vorfinden. Da sind sicherlich Faktoren am Werk, die mit den Systemänderungen an sich nichts zu tun haben.

Tabelle 4: Vergleichender Index des *Per-capita*-Konsumindikators nach Gini

Land	1987–1990	2003
Bulgarien	0,245	0,351
Tschechien	0,197	0,234
Estland	0,240	0,402
Ungarn	0,214	0,268
Lettland	0,240	0,379
Litauen	0,248	0,318
Polen	0,255	0,365
Rumänien	0,232	0,352
Slowenien	0,220	0,220
Slowakei	0,186	0,299

Quelle: Mitra-Yemtsov (1996)

Wenn wir aber, anstatt die Länder zu vergleichen, die Daten jedes einzelnen Landes über einen längeren Zeitraum betrachten, und die Situation vor dem Zusammenbruch des Kommunismus ansehen, und dann die Lage fünfzehn Jahre später, dann erweisen sich die Zahlen in jeder Reihe sehr unterschiedlich, bzw. in manchen Ländern auffallend unterschiedlich.

Da sind mehrere Aspekte, die zu einer enormen Zunahme der Ungleichheit führen. (Siehe Kolos/Tóth 2008, Milanovic 1999, Milanovic/Ersado 2009, Mitra-Jemzow 2006.)

Die Veränderungen produzierten Gewinner: erfolgreiche Unternehmer, Personen mit ausgeprägtem Geschäftssinn, Erfinder, die neue Produkte und Technologien hervorbrachten, neue Märkte öffneten, sowie führende Persönlichkeiten in den Bereichen Industrie und Handel, die sich dem neuen wirtschaftlichen Ambiente sowie den in- und ausländischen Märkten schnell anpassen konnten. All diese besonderen Begabungen und Bemühungen wurden in der Marktwirtschaft großzügig belohnt. Das ist nur eine der großartigen Tugenden des Marktes: besonders große Belohnung für außergewöhnliche Leistungen. Das ist ein unerläßlicher Anreiz für Innovationen, Wettbewerb und Fleiß.

Natürlich gibt es neben den Belohnungen für echte Verdienste auch andere Gründe für einen finanziellen Erfolg. Im Zusammenhang mit der Privatisierung zeigten sich manche Leute als äußerst geschickt, indem sie sich ehemaliges Staatseigentum billig oder sogar kostenlos zulegten, was einem blanken Diebstahl ziemlich nahe kam. Manche machten sich heimlich alte Verbindungen zunutze, um sich im eigenen Land oder in anderen Ländern des ehemaligen Sowjetimperiums zu bereichern. Anderen machte es nichts aus, Staatsbeamte und Politiker zu bestechen. Diese beiden Aspekte, der ehrbare Nützliche und der im Dunkeln Wirkende, können nicht klar unterschieden werden. Die reinen und die schmutzigen Elemente, weiß und schwarz, vermischen sich zu einer grauen und klebrigen Masse. Jedenfalls erkennen wir am oberen Ende der Distributionsskala sehr hohe Einkommen, das Vielfache der hohen Einkommen in der Zeit des Sozialismus.

Am unteren Ende der Distributionsskala kam es zu traumatischen Entwicklungen, die auf mehrere Faktoren zurückzuführen waren.

- Die wichtigsten Entwicklungen zeigten sich auf dem Arbeitsmarkt. Dort hatte es in den Zeiten einer ausgeprägten sozialistischen Volkswirtschaft nicht bloß Vollbeschäftigung, sondern sogar Arbeitskräftemangel gegeben. Die Arbeitslosigkeit war ein schrecklicher Schlag in einer Gesellschaft, die dieses schmerzhaftes Phänomen nicht kannte. Manche Frauen schieden freiwillig aus dem Arbeitsmarkt aus und widmeten sich der gesellschaftlichen Aufgabe der nur im eigenen Haushalt tätigen Frau und Mutter. Aber abgesehen von dieser Gruppe der freiwillig Ausgeschiedenen, führte der Mangel an Arbeitsplätzen zu einem enormen Rückgang der Beschäftigung und zu einem enormen Anstieg der offiziellen Arbeitslosenrate.
- Eine Anzahl von Personen wurde gewissermaßen »herabgestuft«; sie verloren ihre ehemaligen höheren Posten und mußten weniger gut bezahlte Jobs annehmen.
- Hauptsächlich als Folge inflationärer Zeiten kam es zum Sinken der Kaufkraft der Pensionen, wodurch Millionen ältere Menschen in tiefe Armut gerieten.
- Gleichzeitig beobachten wir auch verschiedene Formen von Diskriminierung. Während, zumindest nominell, alle Bürger in demokratischen Ländern gleichberechtigt sind, erleben wir im Falle der Roma (Zigeuner) Diskriminierung. Es gibt große Zigeunerminderheiten in Ungarn, Rumänien, in der Slowakei und in einigen anderen postsozialistischen Ländern. Der Anteil der Arbeitslosen ist unter den Zigeunern wesentlich größer als in der restlichen Bevölkerung.

Einige Fachleute haben die Auswirkungen der postsozialistischen Transformation auf die Redistribution der Einkommen untersucht, daher ist eine umfangreiche empirische Literatur zu diesem Thema verfügbar. Keine dieser Arbeiten widerspricht der allgemeinen Feststellung, wonach die Ungleichheit erheblich zugenommen habe. Die Erweiterung der Kluft zwischen Arm und Reich wird zum Teil auf der Entwicklung der Übergangszeit, den schnellen und radikalen Sprüngen, dem Auf und Ab der Gesellschaft als solcher zugemessen und mag daher bloß *temporär* sein. Indessen findet man unter den kausalen Faktoren auch *permanente* Charakteristika des kapitalistischen Systems. Der Kapitalismus hat die Tendenz, eine größere Ungleichheit der Einkommen zu bewirken als der Sozialismus.

Die These bezüglich der Ungleichheit als systemimmanenter Tendenz des Kapitalismus bedeutet nicht, daß wir das bloß feststellen, aber dieser immanenten Eigenschaft hilflos gegenüberstehen. Man kann sie nicht einfach eliminieren, ohne das System als Ganzes abzuschaffen, aber man kann bis zu einem bestimmten Grade modifizieren. Staatliche Eingriffe können das Ausmaß der Ungleichheit verringern. In der ganzen Welt fordert ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung eine staatliche Redistributionspolitik. Tabelle 5 macht deutlich, daß die Forderung nach staatlichen Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit in der Mehrzahl der postsozialistischen Länder größer ist als in der Mehrzahl anderer Länder ohne kommunistische Vergangenheit. Der osteuropäische *Mittelwert* tendiert mehr zu einer ausgleichenden Wirtschaftspolitik als der weltweite Durchschnitt. (Allerdings ist festzustellen, daß die öffentliche Meinung in einigen europäischen Ländern, darunter Spanien, Zypern, Frankreich und Finnland, von einem Ausgleich weniger hält als in manchen postsozialistischen Ländern.)

Ständig hört man den Ruf: »Die Reichen sollen zahlen!« Das ist aber keine sinnvolle Forderung an ein gesundes Steuersystem: Steuern sollten dort eingehoben wer-

Tabelle 5: Öffentliche Meinung über staatliches Eintreten für kleinere Einkommensunterschiede

Land			
Bulgarien	1,55	Österreich	2,15
Ungarn	1,66	Belgien	2,25
Ukraine	1,71	Schweden	2,27
Portugal	1,78	Irland	2,28
Rußland	1,88	Schweiz	2,29
Spanien	1,89	Deutschland	2,37
Zypern	1,91	Norwegen	2,43
Frankreich	1,91	Niederlande	2,52
Slowenien	1,95	Vereinigtes Königreich	2,54
Polen	2,00	Dänemark	2,92
Estland	2,04	Ostmitteleuropa (mittelwt)	1,86
Slowakei	2,07	Ostmitteleuropa (adjust)	1,85
Finnland	2,07	Welt (adjust. Durchschnitt)	2,12

Anmerkung: Folgende Frage wurde den Befragten gestellt: »Im welchem Ausmaß stimmen Sie nachfolgender Feststellung zu? Die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern: 1. ich stimme dem voll zu, 2. ich stimme zu, 3. weder Zustimmung noch Ablehnung, 4. ich bin dagegen.

den, wo eine wirksame Eintreibung auch praktisch möglich ist. Es handelt sich hier nämlich um ein emotionales Schlagwort: manche Leute finden es ungerecht, daß die Reichen reich sind. Das heißt, je mehr wir den Reichen einen Teil ihres Einkommens und Vermögens abnehmen, umso wohler fühlen wir uns. Dies wurde zu einem Hauptgedanken der populistischen politischen Rhetorik. Wir können uns diesen Schlagworten nicht anschließen. So wie viele andere Menschen, finden wir angesichts von Aktionen à la Robin Hood keine besondere Befriedigung. Das wichtigste Instrument zur Verbesserung der Einkommensdistribution ist die Schaffung von Chancengleichheit. Der entscheidende Faktor ist hier die Bildung. Es ist ein Gemeinplatz – und gleichzeitig die wichtigste These –, daß Ungleichheit mit ungleichen Lernchancen beginnt. Zu diesem Thema gibt es wichtige und einleuchtende Untersuchungen. Ungünstige Startbedingungen von Kindern, die in armen oder von Analphabetismus geprägten Familien zur Welt kamen, sind – im Gegensatz zu Familien mit höherer Bildung – von allem Anfang an gehandicapt. Weiters werden ihre Chancen durch die geringere Wahrscheinlichkeit eines Zugangs zu besseren Schulen und Universitäten weiter vermindert. Es genügt nicht, von Gleichberechtigung zu reden, es bedarf vielmehr der Förderungsmaßnahmen.

Zusätzlich zu den großen Unterschieden im Bereich der konventionellen Ausbildung müssen wir auch die Ungleichheit bei Kenntnissen und Wissen aus einem größeren Blickwinkel berücksichtigen. Bestimmend für die Chancen, in unserer hoch technisierten Gesellschaft ein höheres Einkommen zu erzielen, wird die Frage sein, wie sehr es der Betreffende versteht, mit dem Computer, dem Internet und anderen

Werkzeugen der modernen Informationstechnologie umzugehen. Diese Faktoren könnten erheblich stärkere Auswirkungen auf die Einkommensdistribution haben als eine progressive oder degressive Besteuerung.

Einige greifbare Erfolge gegen die Korruption würden sicherlich zur Verringerung der durch diese hervorgerufene Ungleichheit beitragen.² Es würde auch die Überzeugung stärken, daß es einen starken Zusammenhang gibt zwischen echter Leistung und einem hohen Einkommen, wobei ein großes Vermögen oder enormes unehrlich erworbenes Einkommen die Ausnahme wären.

Fraternité

Man könnte auch ein heute vielfach benütztes Synonym anwenden, nämlich »Solidarität«. Das ethische Postulat unserer Pflicht zur Solidarität gegenüber unseren Mitbürgern ist eines der kompliziertesten Probleme der Gesellschaft im allgemeinen und der postsozialistischen Gesellschaft im besonderen.

Unser Erbe vom Kommunismus ist der »mitgeschleppte Wohlfahrtsstaat«. Wir haben diese Bezeichnung zu Beginn der Übergangszeit geprägt, die von manchen Kollegen gebilligt, aber von anderen verärgert abgelehnt wird. Wir haben uns mit vielen Schriften einige Feinde gemacht, aber keiner meiner Vorschläge hat so viele Feinde auf den Plan gerufen wie dieser.

Der sozialistische Staat regelte gesetzlich, und auch in der Praxis, das Recht der Bürger auf verschiedene Arten von Sozialleistungen und Zuschüssen.

- Jeder hatte das Recht auf freie Gesundheitsfürsorge, aber in vielen Kliniken und Krankenhäusern war die Qualität der Behandlung unbefriedigend, die Patienten klagten über lange Warteschlangen und überfüllte Krankenabteilungen, veraltete Geräte, unzureichende Hygiene und Medikamentenmangel.
- Jeder hatte das Recht auf freie Ausbildung, aber die Qualität der Ausbildung war sehr unterschiedlich, Lehrkräfte waren unterbezahlt und überarbeitet. In gewisser Hinsicht kam es bei der Auslese des Lehrpersonals zu einer negativen Auslese, es waren nicht die Tüchtigsten, die diesen Beruf wählten. Die Klassen waren überfüllt und schlecht ausgestattet, nicht zu reden vom Mangel an modernen, elektronischen Kommunikationsmitteln.
- Jeder konnte sich die subventionierten Mieten in öffentlichen Wohnbauten leisten, aber junge Menschen mußten viele Jahre warten, bis sie das Recht auf eine eigene Wohnung erwarben. Der öffentliche Wohnbau war von außerordentlich schlechter Qualität.
- Das Unternehmen oder die zuständige Gemeinde verschaffte jeder Familie, die sich darum bewarb, einen Kindergartenplatz, entweder kostenlos oder zu einem niedrigen Preis.
- In jedem staatlichen Sektor – einschließlich der Staatsbetriebe – erhielt jeder Beschäftigte im Pensionsalter eine staatliche Pension, die entweder aus dem Budget, einem staatlich garantierten Pensionsfonds oder vom Unternehmen finanziert wurde.

Wir haben die staatliche Organisation, welche diese (und andere kostenlose, oder fast kostenlose) Überweisungen durchführt, pauschal als »vorgezogenen Wohlfahrtsstaat« bezeichnet. Wir nannten ihn vorgezogen, weil wir und auch einige andere Nationalökonomien, erkannten, daß das Entwicklungsniveau der sozialistischen Volkswirtschaften die Erfüllung dieser angekündigten Leistungen nicht zuließ. Genau

genommen war der Staat entweder nicht imstande, sein Versprechen hinsichtlich der allgemeinen Bezüge zu erfüllen, oder, wenn er es versuchte, sie nur auf armseligem, niedrigem Niveau verwirklichen konnte. Die krasse Differenz zwischen Berechtigung und tatsächlicher Zuteilung, zwischen staatlichem Versprechen und tatsächlicher Verfügbarkeit materieller Ressourcen, waren charakteristische, systemimmanente Aspekte des Sozialismus. Dieses Erbe war auch eines der schwierigsten Probleme der Politiker im Zuge der postsozialistischen Transition.³

Welchen Weg sollte man daher von den Anfangsbedingungen des vorgezogenen Wohlfahrtsstaates einschlagen? Wir wollen hier nicht ein bestimmtes Programm vorschlagen, in dem wir unser eigenes Für und Wider darlegen. Das haben wir bereits in früheren Untersuchungen getan. Wir wollen hier vielmehr einen allgemeinen Überblick geben, in dem wir vier mögliche Kategorien der politischen Einstellung zum Wohlfahrtsstaat vorschlagen, wobei wir zwischen zwei »reinen« und zwei »gemischten« Spielarten unterscheiden.

Hier sind die beiden »reinen« Kategorien:

Die erste Kategorie vertritt die Abschaffung des Prinzips der allgemeinen Leistungen. An seine Stelle setzte man das Prinzip, nur jenen Personen staatliche Beihilfen zu gewähren, die sie wirklich benötigten. Jawohl, wir bekennen uns zur *Fraternité*, wir sind alle Brüder, aber die meisten unserer Brüder bedürfen unserer Hilfe nicht, sie können sich selber helfen. Wir sind bereit zu helfen, wenn wir feststellen, daß jemand seine Probleme einfach nicht selber lösen kann. Hier einige Beispiele:

- Das allgemeine Recht auf freie Universitätsausbildung sollte abgeschafft werden. Statt dessen sind Studiengebühren einzuführen. Wer nicht in der Lage ist, diese Gebühren zu bezahlen, der sollte einen Studienkredit erhalten, welche dann aus dem späteren höheren Erwerbseinkommen zu refundieren ist. Ferner könnte man jenen Personen – und nur diesen – Sonderstipendien gewähren, die ohne zusätzliche finanzielle Hilfe nicht in der Lage wären, ein normales Leben zu führen. Wenn es ein allgemeines Recht auf kostenlose Fürsorge für alle Kinder gibt, dann müßten alle Familien, ob arm oder reich, entsprechend der Zahl ihrer Kinder eine bestimmte Summe vom Staat erhalten, sie müßten freien Zugang zum Kindergarten haben, usw. Im Falle einer restriktiven Versorgung erhalten aber nur jene Familien einen Sonderzuschuß von seiten des Staates (damit letztlich von seiten der Steuerzahler), die nicht genügend Geld haben, um ihre Kinder großzuziehen, und sich den Kindergarten nicht leisten können.

In diese Richtung tendieren die meisten Volkswirtschaftler und marktorientierten Reformer. Sie wird ebenso von echt konservativen Politikern vertreten, die sich zu einer liberalen Einstellung bekennen, wobei der Begriff »liberal« nicht im amerikanischen, sondern im europäischen Sinn zu verstehen ist.

Wenn sich der postsozialistische Wohlfahrtsstaat in diese Richtung entwickelte, dann würde er soweit schrumpfen, bis er dem volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand entspräche.

Es gibt pragmatisch fundierte Argumente zugunsten der ersten Kategorie: eine gesunde Fiskalpolitik, niedrige Steuern zwecks Förderung von Investitionen, Beschäftigung und Unternehmertum. Dazu kommen noch Argumente von seiten der politischen Philosophie: Achtung vor der Selbständigkeit des Individuums, die Freiheit der Wahl, die Ablehnung eines staatlichen Paternalismus, und letztlich die Ablehnung der Einmischung der Politik in den privaten Bereich und in die Souveränität des Einzelnen.

Die zweite Kategorie fordert das Festhalten an allen Anspruchsberechtigungen und leistet erbitterten Widerstand gegen jegliche Einschränkungen. Man mag sogar eine Erweiterung der Anspruchsberechtigung ins Auge fassen. Die Vertreter dieser Richtung sind durchaus bereit, die hohen Ausgaben mit höheren Steuern abzudecken.

Diese Kategorie befürworten viele Ärzte, Lehrer, Sozialarbeiter und Fachleute in den verschiedenen Sektoren des Wohlfahrtsstaates. Innerhalb des politischen Spektrums wird diese Richtung eindeutig verkündet und ständig unterstützt von der »alten Linken«, jenen Politikern, die immer noch der Ideologie der skandinavischen und deutschen Sozialdemokraten der fünfziger Jahre anhängen.

Die Vertreter der zweiten Kategorie stützen sich auf pragmatische Argumente. Eigenmittelüberprüfungen, die Überprüfung aller besonders Bedürftigen erfordere den Unterhalt riesiger bürokratischer Apparate. Die allgemeine Verteilung von Leistungen ist wesentlich leichter und erfordert weniger Mittel für die Verwaltung. Manche Vertreter dieser Auffassung behaupten, die parlamentarische Unterstützung wäre für allgemeine Zuwendungen oft leichter zu finden als für genau definierte Leistungen. Auch in diesem Fall liefert man Argumente, die von Thesen der politischen Philosophie abgeleitet sind. Das Denken im Sinne eines allgemeinen Anspruchs auf soziale Wohlfahrtsleistungen wurzelt in einer umfassenderen Definition von Gleichheit: jeder Menschen hat Anspruch auf die gleichen Rechte. Der Staat hat gegenüber allen Bürgern die gleichen Pflichten.

Die Anhänger der zweiten Kategorie betonen den engen Zusammenhang zwischen zwei Zielsetzungen, und letztlich zwischen zwei bestimmten Werten des revolutionären Mottos, nämlich zwischen Egalité und Fraternité, zwischen Gleichheit und Solidarität. In einem vorherigen Abschnitt unserer Arbeit erwähnten wir die Ungleichheit, gemessen am erhobenen Geldeinkommen (d. h. dem Koeffizienten der finanziellen Einkommensdistribution nach Gini). Indessen bezieht ein Haushalt einen großen Teil seines Einkommens in Form von Leistungen. Kostenlose Gesundheitsdienste, freie Ausbildung, sowie Zuschüsse für andere Ausgaben, sind ein Beitrag zur Annäherung der Haushaltskonsumption. Je größer der Einsatz von allgemeinen Leistungen, umso größer auch das relative Ausmaß des Wohlfahrtsstaates – was auf vermehrte Gleichheit hinausläuft. Je mehr Fraternité umso mehr Egalité.

Die Befürworter der zweiten Kategorie behaupten mit Recht, daß die Mehrheit der Menschen in den postsozialistischen Ländern (darunter vor allem in der Ukraine, in Weißrußland, Rußland und Rumänien) vom Staat eine paternalistische Einstellung erwarten.⁴ Das geht aus den Daten der Tabelle 6 hervor. So gesehen ist eine paternalistische Rhetorik in wirtschaftspolitischen Dingen populär und bringt jenen mehr Stimmen, die diese Haltung befürworten und durchführen.

Wir haben nun zwei klare und eindeutige Positionen miteinander verglichen, die beide sowohl durch pragmatische Argumente als auch tiefeschürfende philosophische Logik untermauert werden können. Leider agiert die Politik nicht im Bereich des vernünftigen, ruhigen und pragmatischen Gesprächs, auch nicht im kühlen und sachlichen Klima ethischer Postulate. Das Spiel findet vielmehr in der Arena der politischen Gladiatoren statt, die um ihr politisches Überleben kämpfen, und um Stimmen, um eine Wahl zu gewinnen und dem politischen Gegner eine Niederlage zu bereiten. Die Gruppen, welche die beiden »reinen« Kategorien eindeutig und beharrlich vertreten, sind wichtige Spieler (in einigen Ländern mag es sogar vorkommen, daß die eine oder andere Gruppe dominiert). Indessen gibt es auch andere politische Gruppen (Parteien,

Tabelle 6: Bevorzugung der Gleichheit

Land	Gleichheit bevorzugt	Gleichheit abgelehnt	Land	Gleichheit bevorzugt	Gleichheit abgelehnt
	Antw. in %	Antw. in %		Antw. in %	Antw. in %
Ungarn	78	17	Frankreich	61	34
Rumänien	75	15	UK	58	34
Bulgarien	69	22	Schweden	54	40
Slowakei	67	29	Österreich	53	38
Polen	65	24	Dänemark	52	44
Tschechien	62	31	Niederlande	45	52
			EU 27 MW	65	29

Anmerkung: Folgende Frage wurde gestellt: »Wir brauchen mehr Gleichheit und Gerechtigkeit, auch wenn das weniger Freiheit für den Einzelnen bedeutet.« Die erste Spalte zeigt die »Zustimmung«, die zweite die »Ablehnung« in Prozent der Befragten.

Quelle: Standard Eurobarometer (2008)

oder Fraktionen innerhalb einer Partei, oder verschiedene parteilose Bewegungen), die man nicht in die eine oder andere dieser beiden »reinen« Kategorien einreihen kann. Politiker, ob an der Regierung oder in der Opposition, neigen zu heftigem Widerstand gegen jeglichen Abbau des Wohlfahrtsstaates. Obwohl es jedermann weiß, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß wir es hier mit einem »Sperrstangen-Effekt« zu tun haben: die Verschiebung in eine Richtung ist möglich, aber die Rückkehr zur vorherigen Position ist unmöglich. Es ist politisch leicht und äußerst populär, die Ausgaben zu erhöhen, um den Wohlfahrtsstaat zu stärken, aber es ist politisch schwierig und äußerst unpopulär, diese Ausgaben zu kürzen. Kein Wunder also, daß man neben den beiden erwähnten »reinen« Kategorien auch viele Beispiele von unklaren und schwammigen politischen Positionen sieht.

Zur **dritten Kategorie** im politischen Spektrum zählen die Populisten; sie versprechen die volle Erhaltung oder sogar die Ausweitung aller Leistungen, sowie die volle Beibehaltung eines übergroßen Wohlfahrtsstaates, ohne darzulegen, woher die Mittel zur Deckung dieser Kosten kommen sollen. Es wäre nicht so schlimm, wenn sie solche verantwortungslose und falsche Versprechungen bloß in einer Wahlkampagne machten, oder in Form vehementer Angriffe gegen liberale Reformer in den Reihen der parlamentarischen Opposition. Der schlimmste Fall tritt ein, wenn eine solche populistische Partei eine Wahl gewinnt, und dann daran geht, ihre verantwortungslosen Versprechen in die Tat umzusetzen, was dann ein katastrophales Budgetdefizit und andere damit verbundene negative makroökonomische Konsequenzen zur Folge hat.

Das wichtigste Merkmal der **vierten Kategorie** ist das Fehlen von Prinzipien. Eine wohlbekannte Reaktion auf schwierige Entscheidungen ist die *Widersprüchlichkeit* einer politischen Partei und/oder Regierung. Man tut im Januar einen Schritt in die eine Richtung (die *Kürzung* bestimmter Leistungen des Wohlfahrtsstaates), und dann im Februar einen Schritt in die entgegengesetzte Richtung (die *Erhöhung* anderer Leistungen des Wohlfahrtsstaates). Politiker der vierten Kategorie wollen an geraden Tagen den Wählern der Rechten entgegenkommen, und an ungeraden Tagen der Alten Linken. Zögern, Schwanken, unerwartete Worte und Taten – das sind die typischen

Merkmale dieser politischen Einstellung. Das verwirrt die Wähler, die sich dann nicht mehr auskennen. Zu einem vorübergehenden Popularitätszuwachs mag es unter den betrogenen Anhängern der »reinen« Kategorie eins, oder Kategorie zwei kommen, die anfangs nicht erkennen, in welche Richtung sich die Politiker bewegen. Aber früher oder später begreifen sie, daß man sie durch die Zickzackbewegungen zwischen zwei gegenläufigen Zielsetzungen irreführt hat.

Wir meinen, daß das in der modernen Neuen Sozialdemokratie à la Tony Blair in verschiedenen Ländern geschieht, darunter in einigen Ländern der postsozialistischen Region, darunter auch in Ungarn. Die Politik des Wohlfahrtsstaates ist in vieler Hinsicht widersprüchlich, weil sie versucht, zwei entgegengesetzte, einander ausschließende Wertvorstellungen zu verwirklichen, und gleichzeitig zwei große Wählergruppen zufriedener zu stellen, die äußerst unterschiedliche Interessen haben und einander verabscheuen.

Am Anfang unserer Arbeit stand das Motto der Französischen Revolution. In der aufgeheizten Atmosphäre des Jahres 1789, und der folgenden Jahre, kümmerte sich niemand darum, ob die drei Teile des Mottos im Einklang oder im Widerspruch zueinander standen. Man erinnere sich an die damalige Zeit, fast ein Jahrhundert, ehe Bismarck im Deutschen Reich die Sozialversicherung einführte, und mehr als ein Jahrhundert, ehe die Sozialdemokraten in Skandinavien und England mit dem Aufbau eines modernen Wohlfahrtsstaates begannen. Und auch heute können Politiker in ihrem langen Kampf um eine strukturelle Transformation dem Problem der Folgerichtigkeit nicht ausweichen.

Allgemeine Übersicht und Prognose

Gerne würden wir unsere eigene Prognose, unsere eigene Vision von der Zukunft darlegen. Aber soweit es das Thema der vorliegenden Arbeit betrifft, können wir nicht wirklich ermessen, was die Zukunft bringen wird.

Wenn man die Lage in den postsozialistischen Transformationsländern betrachtet, so gewinnt man höchst unterschiedliche Eindrücke. Was die Veränderungen des Wohlfahrtsstaates betrifft, so erkennt man jedenfalls keine gleichförmige Entwicklung. In manchen Ländern beobachtet man gelegentlich Bemühungen zur Abschaffung bestimmter, weitreichender Sozialleistungen, während man in anderen sogar eine lange Liste von Sozialleistungen hinzufügt, die vom sozialistischen Regime übernommen wurden. Man sieht Schritte in die richtige Richtung, gefolgt von Rückschlägen und Schritten in die Gegenrichtung.

Die Verschiedenartigkeit der Entwicklungen in beide Richtungen war schon vor 2006 erkennbar. Die Bevölkerung in dieser Region erlebte schwere Zeiten: die schwierige Umverteilung von Ressourcen, die dramatischen Änderungen im Eigentumsrecht, das zeitweilige Fehlen funktionstüchtiger Institutionen, verschlimmert durch die großen Probleme der durch die Transformation bedingten Rezession und den Produktionsausfall in den neunziger Jahren, die schwerwiegender waren als in der Depression nach 1929, der bis dahin schlimmsten Rezession der Wirtschaftsgeschichte. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung erlebten Millionen Menschen, welche die Sicherheit des Arbeitsplatzes gewöhnt waren, das Trauma der Arbeitslosigkeit. Die Auswirkungen von Rezession und dem Verlust der Arbeitsplatzsicherheit wurden zum Teil durch die vom Wohlfahrtsstaat übernommenen Sozialleistungen gemildert.

(siehe Kean/Prasad 2002 und Vanhuysse 2006.) Menschen, die gerade ihre Arbeit verloren hatten, wurden zumindest in bezug auf Gesundheitsdienste und Kinderversorgung nicht sofort auf ihre kargen Eigenmittel zurückgeworfen, da diese weiterhin zur Verfügung standen. Viele von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen flüchteten in die Frühpension oder ins Pensionssystem für Behinderte, und die Bürokratie blickte weg, wenn diese Fluchtwege auch manche Unzukömmlichkeiten aufwiesen. Zusätzlich zu den überkommenen Sozialleistungen wurden neue geschaffen, z. B. Versicherungen und/oder staatliche Zuschüsse für Arbeitslose, oder hohe Subventionen für Energiekonsumenten, um damit, zumindest teilweise, den Folgen der Preisliberalisierung entgegenzuwirken, oder neue Subventionen für den Bau von Eigenheimen, usw. Die Wut und die Frustration wären noch größer gewesen, hätte es nicht den Wohlfahrtsstaat mit all seinen alten Privilegien und neu geschaffenen Sozialleistungen gegeben. Das ist ein wichtiger Grund, warum ein großer Teil der Bevölkerung den Wohlfahrtsstaat noch immer befürwortet.

Anfang des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts kam es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung. Die ersten positiven Ergebnisse des Übergangs vom ineffizienten sozialistischen System zum einem Kapitalismus, der mehr Effizienz und schnelleres Wachstum versprach, waren soeben sichtbar geworden. Aber dann kam es plötzlich zu einem neuen Rückschlag, nämlich der weltweiten Finanzkrise und der Rezession. Niemand kann heute sagen, ob der Produktionsrückgang größer sein wird, als nach 1929, oder noch größer als der Produktionsrückgang in der postsozialistischen Region nach dem Regimewechsel – allerdings bringt er bereits große Schwierigkeiten und viel Leid für Millionen von Menschen mit sich.

Angesichts der zweiten traumatischen Erfahrung mit einem plötzlichen Umschwung, mit unerwarteten wirtschaftlichen Problemen und einem verstörenden Gefühl der Unsicherheit, wird die Forderung nach einem schützenden Staat sicherlich stärker und lauter werden. Die Politiker werden einem zweifachen Druck ausgesetzt werden. Viele Bürger sind durchaus bereit, den Anspruch auf persönliche Souveränität aufzugeben und hinsichtlich der Freiheit Zugeständnisse zu machen, und auch bereit für einen Staat, der noch paternalistischer wäre als der vorangegangene, der aber die Verantwortung für die Wohlfahrt und die Sicherheit übernehmen würde. Einige Staaten werden die Pläne fallen lassen, die darauf abzielen, den Wohlfahrtsstaat durch die Verringerung der Leistungen und die Abschaffung einiger allgemeiner Sozialleistungen usw. zu reformieren. Andererseits werden Politiker (zumindest jene, die durch Wahlen an die Macht gekommen sind, und die Verantwortung für die Einnahmen und Ausgaben des Staates übernehmen), früher oder später den enormen Druck der makroökonomischen Verhältnisse zu spüren bekommen. Großzügige Ausgaben im Sinne von Egalité und Fraternité tragen ein erschreckendes Preisschild: das Budgetdefizit, ein schlechtes Schulden/BIP-Verhältnis, ein enormes Defizit in der laufenden Rechnung, Investoren, die ungern Staatspapiere erwerben, usw. Die Finanzmärkte, der Bankensektor, die Börse, die verschiedenen Finanzinstitutionen, die Investitionsbanken, die Aktienhändler und die zahlreichen, in diesen Institutionen beschäftigten Spezialisten, sind nicht besonders geprägt von Mitgefühl für ihre Mitbürger und die Ziele der Wohltätigkeit. Aber sie sind auch nicht grausam oder herzlos, wie es in den böartigen und voreingenommenen Zerrbildern der populistischen Rhetorik dargestellt wird – sie tun bloß ihre Arbeit. Jedenfalls sehen sich Politiker durch die echten makroökonomischen Schwierigkeiten und die laute Kritik und die Warnungen

von seiten der Finanzwelt, in die Gegenrichtung gedrängt. Die Ausgaben müssen so weit gekürzt werden, daß man die Steuern senken kann, um mehr Möglichkeiten für private Investitionen zu schaffen, was wieder dem Aufschwung der Produktion nützt.

Was wird das Ergebnis dieser widersprüchlichen Tendenzen sein?

Die einzig ehrliche Antwort ist das Eingeständnis, daß wir es nicht wissen. Sie werden in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausfallen, je nach der Schwere der Krise, nach dem Verhältnis zwischen Gewinnern und Verlierern, und dem Anteil der Wählerstimmen für die zwei reinen Kategorien 1 oder 2, bzw. für die Populisten der 3. Kategorie oder für die unentschlossenen Parteien und Bewegungen der 4. Kategorie. Vielleicht wird es das eine oder andere glückliche Land geben, in dem ein großer Staatsmann erscheint, der die kurzfristig notwendigen harten Entschlüsse faßt, ohne dabei die langfristigen, historischen Perspektiven zu vernachlässigen. Und es wird unglückliche Länder geben, regiert von verworrenen und verwirrenden Politikern, die verloren sind im Irrgarten widersprüchlicher Pressionen und festgefahren in Stagnation und erstarrten bürokratischen Strukturen. Leider müssen wir unsere Arbeit mit einem Fragezeichen beenden. Wer weiß, wie es in unserer erfolgreichen und trotzdem von Problemen heimgesuchten Region mit Liberté, Egalité und Fraternité weitergehen wird?

Anmerkungen

- ¹ Den jüngeren Generationen, die das Glück haben, die Mangelwirtschaft nicht selber kennengelernt zu haben, stehen außer der volkswirtschaftlichen Fachliteratur auch noch andere Quellen zur Verfügung. Sie sollten den im Jahre 2005 erschienen Roman, *The White King*, von György Dragomán lesen, und werden daraus erfahren, was Schlangestehen bedeutet, daß es Bananen nur zu besonderen Anlässen gab, oder was plötzliche, unerwartete Stromabschaltungen in Ceausescus Rumänien bedeuteten.
- ² Man bemerkt die große Enttäuschung und den Verlust von Vertrauen in die Institutionen, als Reaktion auf die vom Staat geduldete, um sich greifende Korruption, Steuerhinterziehung und massive Verletzung aller Normen (siehe Tóth 2009). Unter anderem hat diese allgemeine Empfindung zu einem immer stärker und lauter werdenden Protest gegen die wachsende Ungleichheit geführt.
- ³ Haggart und Kaufman (2008) liefern einen umfassenden und gründlichen Bericht über die Reformen des Wohlfahrtsstaates in den postsozialistischen Staaten, im Vergleich mit ähnlichen Veränderungen in Lateinamerika und Ostasien.
- ⁴ Wir verweisen auf die Worte von Isaiah Berlin aus dem Jahre 1969: »Wenn die Essenz der Menschen darin besteht, daß sie autonome Wesen sind. dann gibt es nichts Schlimmeres, also sie so zu behandeln als seien sie nicht autonome, sondern naturbedingte Objekte ... deren Willen von ihren Herrschern manipuliert werden kann ... der Paternalismus ist despotisch, nicht deshalb weil er noch grausamer ist als eine nackte, brutale und stumpfsinnige Tyrannei ... sondern weil er eine Beleidigung unseres Selbstgefühls als menschliches Wesen bedeutet.« Es ist traurig, daß nur wenige Menschen diesen Gedanken verstehen und anerkennen.
- ⁵ Ein amerikanischer und ein deutscher Nationalökonom (Alesina – Fuchs-Schündeln 2007) entdeckten im Verlauf ihrer Untersuchungen, daß die Menschen im östlichen Teil Deutschlands (in der ehemaligen DDR) viel eher nach einem paternalistischen Wohlfahrtsstaat verlangen, als die im westlichen Landesteil, wo die Werte und Erwartungen aufgrund ihrer spezifischen Sozialisation anders geartet sind.

Quellen

- Alesina, Alberto – Fuchs-Schündeln, Nicola 2007. Good Bye Lenin (or not?): The Effect of Communism on People's Preferences. *American Economic Review*, Vol. 97/4: 1507–1528.
- Czeglédi, Pál – Kapás Judit 2009. *Economic Freedom and Development*. Budapest: Akadémiai Kiadó.

- Berlin, Isaiah 1969. Two Concepts of Liberty. In: *Four Essays on Liberty*. Oxford: Oxford University Press, 118–172.
- Dragomán György 2007. *The White King*. Garden City: Doubleday. EBRD 2008. *Transition Report 2008: Growth in Transition*, London: EBRD.
- EBRD 2009. *Transition Report 2009: Transition in Crisis*. London: EBRD.
- Economist Intelligence Unit 1990–2008. Country Reports. www.eiu.com aufgenommen am 12. Dezember 2009.
- European Social Survey (2006). 3. Runde. Oslo: Norwegian Social Science Data Services. <http://ess.nsd.uib.no/ess/round3/> aufgenommen am 12. Dezember 2009.
- Gwartney, J. D. – Lawson, R. 2008. *Economic Freedom of the World. Annual Report*. Vancouver: Fraser Institute.
- Haggard, Stephen – Kaufman, Robert R. 2008. *Development, Democracy and Welfare States*. Princeton – Oxford: Princeton University Press.
- Kean, Michael – Prasad, Eswar 2002. Inequality, Transfers, and Growth: New evidence from the Economic Transition in Poland. *Review of Economics and Statistics*, 324–341.
- Kolosi, Tamás – Tóth, István György 2008. Rendszerváltás: Nyertesek és vesztesek. (Transition: Winners and Losers.) In: Kolosi Tamás – Tóth István György (Herausg.): Újratervezés: Életutak és alkalmazkodás a rendszerváltás évtizedeiben. (Umplanung: Leben und Angleichung in den Übergangsddekaden). Budapest: TÁRKI, pp. 11–50.
- Kornai, János 1992. The Postsocialist Transition and the State: Reflections in the Light of Hungarian Fiscal Problems. *American Economic Review, Papers and Proceedings*, Vol. 82/2: p. 1–21.
- Milanovic, Branko – Ersado, Lire 2009. *Reform and Inequality during the Transition: An Analysis Using Panel Household Survey Data, 1990–2005*. Washington, D.C.: World Bank.
- Milanovic, Branko 1999. Explaining the Increase in Inequality during Transition. *Economics of Transition*. Vol. 7/2: p. 299–341.
- Mitra, Pradeep – Yemtsov, Rusland 2006. Increasing Inequality in Transition Economies: Is There More to Come? *World Bank Policy Research Working Paper 4007*. September 2006. Washington, D.C.: World Bank.
- New Europe Barometer 2005. Aberdeen: Centre for the Study of Public Policy, University of Aberdeen. http://www.abdn.ac.uk/cspp/view_item.php?id=404 aufgenommen am 12. Dezember 2009.
- Standard Eurobarometer 69, 2008*, November (Feldstudie April–Mai) http://ec.europa.eu/Public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_en.thm aufgenommen am 11. Juni 2009.
- TÁRKI 2009. *World Value Survey: Technical Report*. Budapest: TÁRKI.
- Tóth István György 2009. Bizalomhiány, normazavarok, igazságtalanságérzet és paternalizmus a magyar társadalom értékserkezetében. (Vertrauensmangel, Anomie, Eindruck von Ungerechtigkeit und Paternalismus in der Wertstruktur der ungarischen Gesellschaft.) Budapest: TÁRKI.
- Vanhuyse, Pieter 2006. *Divide and Pacify*. Budapest: CEU Press.
- World Values Survey 1995. Official data file v.7. <http://www.worldvaluessurvey.com/> aufgenommen am 12. Dezember 2009.

*

